

Widerstand gegen Privatisierungswahn

Die absolute Richtigkeit unserer Entscheidung am 6. Februar, bei den OBM-Wahlen keinen Kandidaten für den zweiten Wahlgang zu nominieren, wird vor allem deutlich, wenn man sich 1. den überraschend knappen Wahlausgang ansieht und 2. die aktuelle Situation in der Leipziger Kommunalpolitik näher vor Augen führt. Sie ist zweifellos von den großen Problemen dieser Stadt (zu nennen sind die Stichworte Arbeitslosigkeit, Haushaltskonsolidierung, Stadtumbau, die künftige Rolle der kommunalen Unternehmen usw.) und den zum Teil sehr unterschiedlichen Lösungsansätzen der verschiedenen Parteien gekennzeichnet. Dazu kommt die Notwendigkeit, die Verwaltungsstrukturen nach der OBM-Wahl durch die Neubesetzung der insgesamt drei freien Dezernentenposten wieder zu stabilisieren. Keinesfalls ausgeblendet werden darf in dieser komplexen Problemlage die derzeitige Rolle der Medien, insbesondere die unverhüllt CDU-lastige, tendenziöse Berichterstattung der LVZ.

Es bedarf keiner hellseherischen Gabe, um zu erkennen, dass dieser Stadt angesichts der geschilderten Konstellation eine demagogische Privatisierungs-Debatte bevorsteht, die im Prinzip sogar schon begonnen hat. Die

Finanzbeigeordnete Bettina Kudla (CDU) war ja dreist genug, dem neuen Oberbürgermeister - ohne dass er bereits in sein Amt eingeführt ist - diese Woche per LVZ-Interview den Fehdehandschuh hinzuwerfen. Es ist klar, dass die CDU und hinter ihrem etwas breiteren Kreuz naturgemäß auch die FDP einen neuen SPD-Oberbürgermeister zwingen wollen, auf ihren vor neoliberalen Ungeist tiefenden Privatisierungskurs einzuschwenken. Diese Konstellation war im zurückliegenden Wahlkampf durch das Duell Jung-Albrecht personifiziert worden, und nun hängt alles davon ab, welchen Kurs Burkhard Jung in seinem neuen Amt praktisch einschlagen wird.

Worum geht es? Leipzig kann sich drehen und winden, wie es will - es werden Millionensummen gebraucht, um den öffentlichen Schuldenberg abzubauen, und mit den lächerlich geringen Steuereinnahmen gelingt das nicht. Die Trennung von bestimmten Vermögenswerten ist deshalb unvermeidlich. Doch es ist völlig verantwortungslos, immer neue Namen von Privatisierungskandidaten zu nennen. Einerseits werden die Beschäftigten in diesen städtischen Betrieben in unzulässiger Weise verunsichert, und andererseits wird durch den künstlichen

Druck, den die Privatisierungs-Fanatiker aufbauen, der Preis im Falle einer tatsächlichen - auch teilweisen - Privatisierung nur heruntergeredet. Hinzu kommt, dass durch vollständige Privatisierung eben auch Handlungsmöglichkeiten der Kommune vollständig amputiert würden.

Die CDU und mit ihr die FDP wollen diese Stadt sturmreif schießen für die Übernahme kommunaler Betriebe durch privates Kapital, wobei niemand aus dem Privatisierungsklüngel zu sagen wagt, in welche Richtung sich anschließend Preise, Gebühren oder einfach nur die Versorgungsqualität entwickeln würden. Eine fieberhafte Privatisierungsorgie im Kernbereich der öffentlichen Daseinsvorsorge mit unübersehbaren Langzeitfolgen dürfen und werden wir aber nicht zulassen.

Aus dem Referat von Dr. Volker Külöw auf der 3. Tagung der 10. Stadtdelegiertenkonferenz der Leipziger Linkspartei.PDS am 18. März 2006

Die vollständige Rede von Dr. Volker Külöw ist im Internet unter :
www.linkspartei-leipzig.de
abruf- und nachlesebar.

Umgang mit der Satzung

Die 3. Tagung der 10. Delegiertenkonferenz der Linkspartei.PDS Stadtverband Leipzig nimmt den Entwurf einer geänderten Satzung des Stadtverbandes zur Kenntnis, stellt diesen dem Stadtvorstand zur weiteren Diskussion bis zum 30. Juni 2006 und beauftragt den Stadtvorstand, den Entwurf einer neuen Satzung der 4. Tagung der 10. Delegiertenkonferenz zur Beschlussfassung vorzulegen. Dabei werden neben den Änderungsvorschlägen des Stadtverbandes auch die Änderungen der Satzungskommission, welche nicht vom Stadtvorstand berücksichtigt worden sind, veröffentlicht.

Armutskonferenz

Die Delegiertenkonferenz empfiehlt in Realisierung des „Beschlusses des Landesvorstandes Sachsen zur Einberufung einer Armutskonferenz“, diese nach Leipzig als „Armutshauptstadt“ Sachsen einzuberufen.

Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB) muss als Unternehmen der Daseinvorsorge städtisch bleiben

Die Delegiertenkonferenz des Leipziger Stadtverbandes der Linkspartei wendet sich gegen Bestrebungen zum Verkauf der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft. Die Mitglieder der Stadtratsfraktion und im Aufsichtsrat der LWB werden aufgerufen sich im Stadtrat und seinen Ausschüssen geschlossen gegen einen Verkauf zu wenden.

Seniorenpolitische Konferenz

Im Interesse der Gewährleistung eines selbstbestimmten Lebens auch im Alter und der Koordinierung der Kräfte zur Sicherung einer guten Seniorenpolitik in der Stadt Leipzig wird vorgeschlagen im September 2006 die 4. Seniorenpolitische Konferenz durchzuführen.

Themen: Aktuelle Seniorenpolitik (Neue Seniorenpolitische Standpunkte der Linkspartei.PDS, 8. Deutscher Seniorentag in Köln, Rentenpolitik/ Altersarmut in Leipzig)

Der Stadtvorstand und die Fraktion der Linkspartei.PDS im Stadtrat werden um Unterstützung gebeten.

Zum Ablauf der Seniorenkonferenz ist bis Ende Mai 2006 ein Kurzkonzept zu erarbeiten. Eingeladen werden sollte: Mitglieder des Stadtrates; Dezernent; Mitarbeiter und/oder Amtsleiter des Sozialamtes; Mitglieder des Seniorenbeirates der Stadt; alle Seniorenvereine und Seniorenverbände; Seniorenvertretungen der Gewerkschaften, der Volkssolidarität; Verbände der Wohlfahrtspflege; Behinderteneinrichtungen; Organisationen; interessierte Mitglieder der Ortsverbände und Basisorganisationen der Linkspartei.PDS und Mitglieder der WASG, u. a.

Unterstützung der Montagsdemo am 20. März 2006 unter dem Motto „Zwangsumzüge verhindern!“

Die Linkspartei.PDS ruft zur Unterstützung und massenhaften Teilnahme an der o. g. Montagsdemonstration auf. Die Linkspartei.PDS Leipzig erklärt ihre Verbundenheit mit den Forderungen der Demonstranten nach einem menschenwürdigen Wohnen. Die Linkspartei.PDS Leipzig unterstützt die Forderung nach aktiver Beschäftigungspolitik und einem existenzsichernden Mindestlohn als Voraussetzung für angemessenes Wohnen.

Durchführung einer öffentlichkeitswirksamen Aktion im Vorfeld des 1. Mai

Der nachfolgende Antrag wurde zur Behandlung und weiteren Bearbeitung an den Stadtvorstand überwiesen.

Der Stadtverband führt im Vorfeld des 1. Mai eine öffentlichkeitswirksame Aktion in Form einer Kundgebung mit Infoständen an einem zentralen belebten Ort durch.

Im Mittelpunkt steht dabei die Öffentlichkeitsarbeit hinsichtlich unserer Positionen zu gegenwärtig betriebenen Politik des Sozialabbaus und unserer Gegenkonzepte. Insbesondere ist auf die Rentenalter-Problematik, die Herabsetzung des Regelsatzes bei Hartz IV für nunmehr elternhauspflichtige jun-

ge Arbeitslose, Studiengebühren und die Gesundheitspolitik einzugehen. Dazu werden Abgeordnete aller Ebenen gebeten, Positionen der Linkspartei bzw. der Fraktionen zu verdeutlichen und als AnsprechpartnerInnen zur Verfügung zu stehen.

Die inhaltlichen Gruppen und Gliederungen der Partei sowie Gruppen, Verbände, Vereine und Medien aus dem Umfeld sollen die Möglichkeit haben, sich vorzustellen.

Die WASG und andere demokratische linke Kräfte werden zur aktiven Mitwirkung und Mitgestaltung eingeladen. Die Aktion und ihre Bewerbung soll auch genutzt werden, um für die Veranstaltungen rund um den 1. Mai zu mobilisieren.

Transparenz und Wirksamkeit der Aufgaben- und Beschlussdurchführung

Da dieser Antrag auch Satzungsrelevanz hat und nach Meinung einzelner Delegierter in sich widersprüchlich ist, wurde er mit Beschluss der Delegiertenkonferenz auf die nächste Tagung der Delegiertenkonferenz vertagt.

Wahl der Delegierten zum 10. Bundesparteitag

Jugend – Frauenliste

Abgegebene Stimmen: 111

Ungültige Stimmen: 0

Pia Probst

Fürstimmen 105 (94,6 %)

Gegenstimmen 6 (5,4 %)

Damit wurde Pia Probst als Delegierte zum Bundesparteitag gewählt.

Jugend – allgemeine Liste

Abgegebene Stimmen: 111

Ungültige Stimmen: 0

Martin Bertram

Fürstimmen 91 (82,0 %)

Gegenstimmen 15 (13,5 %)

Enthaltungen 5 (4,5 %)

Damit wurde Martin Bertram als Delegierter zum Bundesparteitag gewählt.

Frauenliste

Abgegebene Stimmen:	110
Ungültige Stimmen:	0
Stefanie Götze	73 St. (66,4 %)
Barbara Höll	58 St. (52,7 %)
Margitta Hollick	86 St. (78,2 %)
Carola Lange	6 St. (5,5 %)
Ilse Lauter	77 St. (70,0 %)
Sylvia Wohlfeld	12 St. (10,9 %)

Damit wurden Stefanie Götze, Margitta Hollick und Ilse Lauter als Delegierte

zum Bundesparteitag gewählt.

Allgemeine Liste

Abgegebene Stimmen:	108
Ungültige Stimmen:	1
Thomas Kachel	60 St. (56,1 %)
Volker Külow	83 St. (77,6 %)
Michael Nimz	63 St. (58,9 %)

Damit wurden Volker Külow und Michael Nimz als Delegierte zum Bundesparteitag gewählt.

Nachwahl eines Mitgliedes zum Landesrat

Abgegebene Stimmen:	108
Ungültige Stimmen:	1
Margitta Klug	
Fürstimmen	73 (68,2 %)
Gegenstimmen	19 (17,8 %)
Enthaltung	15 (14,0 %)

Disput über die Möglichkeiten parlamentarischer Transparenz

Die AG „Soziale Politik“ in und bei der Linkspartei.PDS Leipzig hatte eingeladen und zahlreiche Leipziger Stadträte der Linkspartei.PDS nahmen an der Diskussionsveranstaltung „Die Widerspiegelung der Forderungen sozialer Bewegungen in der Arbeit der Stadtratsfraktion“ am 28. Februar 2006 teil.

In einer angeregten, zum Teil kontrovers, letztlich aber doch konstruktiv und sachlich geführten Debatte wurden Fragen der Erwartungen an die parlamentarische Wirksamkeit der Linkspartei.PDS, der Möglichkeiten und Ergebnisse parlamentarischer Arbeit sowie gemeinsamer Wege zu mehr öffentlicher Transparenz erörtert.

Begleitet und eingeleitet wurde die Veranstaltung mit Zitaten der Stellvertretenden Vorsitzenden der Linkspartei.PDS – Dagmar Enkelmann zur Einführung in die kommunalpolitische Diskussion auf dem Dresdner Parteitag. Sie wies dort auf das sich verschärfende „Spannungsfeld zwischen linken Ansprüchen in der Kommunalpolitik und immer enger werdenden Handlungsspielräumen“ hin. Zugleich warf sie die Frage auf: „Sind wir in jedem Fall als linke, als sozialistische Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker erkennbar?“

Nicht ohne Einfluss auf die Debatte war die wenige Tage zuvor erlebte Anhörung unserer Bundestagsfraktion DIE LINKE mit über 450 'Experten' aus den unterschiedlichsten Kreisen der sozialen Bewegungen, Akteuren und Betroffenen. Hier wurde demonstrativ *mit* uns und nicht *über* uns beraten.

Der Verlauf der angeregten Diskussion zeigte, dass die Vorstellungen über öffentliche Wirksamkeit und Transparenz

im Grundsätzlichen zwar übereinstimmen, im Konkreten jedoch Anspruch und Wirklichkeit sehr widersprüchlich ausfallen. In Frage zu stellen ist demnach nicht das hohe Engagement unserer Stadträte, ihre Angebote an Foren, Sprechstunden, Teilnahme an Bürgerinitiativen und vielem anderen mehr. Auch die Vorstellung der Vielzahl von Initiativen unserer Fraktion in Form von Anfragen und Anträgen zum Thema Hartz IV belegt dies. Das Problem besteht darin, dass durch eine nicht ausreichende Transparenz davon zu wenig in die Öffentlichkeit dringt. So ist es nicht befriedigend, wenn das Internetportal der Fraktion eine aktive Nutzung zwar anbietet, in der Praxis aber nicht reagiert wird. Ebenso tragen allein die Mitteilungsblätter „Löwenzahn“ in ihrer Aktualität und Verbreitung nur bedingt zur Publizität bei.

Die von der AG begonnene Form der „Anfrage an die Fraktion“ zu aktuellen tagespolitischen Problemen, wie zum Beispiel zum „Sozialticket“ oder zur „Abschaffung“

der ARGE, und ihre umgehende Beantwortung weist einen Weg zu mehr Transparenz. Darüber hinaus besteht das gemeinsame Interesse, die Informationskanäle der AG verstärkt zur kommunalpolitischen Publizität zu nutzen.

Es war ein erster Schritt der Suche nach Gemeinsamkeit, zum Abbau von Resentiments und zu tatsächlichem konstruktiven und sachlichen Miteinander in diesem von sozialer Kälte geprägten gesellschaftlichen Klima. Weitere sollten folgen!

Petra Weißfuß/Pia Witte

DIE NEUE LINKE...

2. – 5. Juni
in Srbska
Kamenice
(Tschechische
Republik)

**PFINGST
CAMP 006**

ANMELDEN! 03 51 / 8 53 27 39 oder www.pds.jugend.sachsen.de

Neue Linke, das heißt Strukturen bilden und ergebnisorientiert arbeiten

Am Samstag, den 11. März haben in einer Vorstandsklausur der Stadtvorstand der Linkspartei und der Kreisvorstand der Wahlalternative Leipzig und Leipziger Land gemeinsam getagt. Die Sitzung war geprägt von konzentrierter Arbeit, vertrauensvollen Diskussionen auch in Kontroversen und gelöster Atmosphäre.

Auf dieser Basis war wieder einmal nicht nur ein breiter Austausch über unterschiedliche Sichtweisen und Erfahrungshintergründe der Teilnehmer möglich, die auf der Suche nach dem besten Weg unser wichtigstes Kapital darstellen, sondern auch ein beispielhaft diszipliniertes und zielführendes Arbeiten, das zu Ergebnissen führte, die sich sehen lassen können. Sogar unseren Zeitplan konnten wir einhalten, was für Linke nun beileibe keine Selbstverständlichkeit ist.

Als „Fahrplan“ unserer nächsten Arbeitsschritte beschlossen die Vorstände ein „10-Punkte-Aktionsprogramm“,

das dem Projekt Neue Linke in Leipzig Profil von unten verleihen soll. Wir sind uns in Leipzig einig, dass die neue linke Partei nicht dirigistisch „von oben“ vorgegeben werden kann, wenn das Projekt ein Erfolg werden soll. Die Partei, das sind die Mitglieder, bei der WASG ebenso, wie bei der Linkspartei. PDS – sie müssen das Beste beider Parteien vereinen und die Schwächen beider Parteien in das neue Projekt nicht mitnehmen. Dazu bedarf es der breiten Aussprache und auch die Einbeziehung der Öffentlichkeit, denn das neue Projekt soll mehr sein, als nur WASG und Linkspartei, auch die Sozialen Bewegungen, Friedens-, Menschenrechtsbewegung, Umwelt- und Antiglobalisierungsbewegung sollen sich in einer Neuen Linken wiederfinden, Gewerkschafter und Erwerbslosenorganisationen müssen ebenso an der Gestaltung dieses Projektes teilnehmen, wie andere linke Gruppierungen, wenn es gelingen soll eine gesellschaftliche Kraft zu formen, die die Bezeichnung „Kraft“ auch verdient und sich nicht mit

Parlamentsopposition zufrieden gibt, sondern den Neoliberalismus tatsächlich auch angreifen und zurückdrängen kann.

Insofern stehen wir noch ganz am Anfang des Projektes. Ausdauer und Mut sind gefragt, Ungeduld und Kleinmut sind keine guten Berater, selber denken und eigene Ideen entwickeln hat Vorfahrt vor Konsumhaltung und „macht-es-uns“-Aufforderungen an die Vorstände. Selbstverantwortung und eigene Kreativität macht die Neue Linke stark und durchbricht das „die können nicht“-Image, das die bürgerlichen Medien verbreiten.

Die beiden Vorstände haben am Samstag ganz ordentlich gezeigt, was sie können. Das folgende 10-Punkte-Programm fordert alle Mitglieder beider Parteien heraus, sich einzubringen und sich zu engagieren, damit die Punkte auch mit Inhalt gefüllt werden. In diesem Sinne: Wann, wenn nicht jetzt? Wo, wenn nicht hier? Wer, wenn nicht wir?! Wir stehen in einer wahrhaft historischen Verantwortung. Deshalb gutes Gelingen uns allen. *Roger Schaumberg*

10-Punkte-Aktionsprogramm

beschlossen auf der Vorstandsklausur des Stadtvorstandes der Linkspartei und des Kreisvorstandes der WASG Leipzig und Leipziger Land

1. Gründung eines „Forums Neue Linke Leipzig“ und Durchführung einer gemeinsamen thematischen Veranstaltung monatlich unter Einbeziehung aller am Projekt interessierten gesellschaftlichen Gruppen
2. Die WASG erhält eine Seite im Mitteilungsblatt der Linkspartei. PDS. Für die inhaltliche Gestaltung ist ein Mitglied der WASG verantwortlich.
3. Kooptierung eines WASG-Vertreters in die AG Personalentwicklung.
4. Wechselseitige Teilnahme der Vorstände beider Parteien an ihren Vorstandssitzungen.
5. Organisation einer gemeinsamen Veranstaltung zum Thema „Linkspartei-Sozialdezernent in Leipzig?“
6. Organisation einer zentralen gemeinsamen Aktion im Umfeld und zum 1. Mai

7. Gründung eines gemeinsamen „Kommunikations-, Kreativ- und Image-Teams“ (KIT)
8. Beschleunigte Ortsgruppenbildung bei der WASG und die Förderung intensiver Kontakte auf der Ortsgruppen Ebene zwischen beiden Parteien
9. Organisation eines Leipziger Arbeitstreffens von Vertretern beider Parteien mit den DGB-Gewerkschaften
10. Organisation eines Leipziger Arbeitstreffens von Vertretern beider Parteien mit den Vertretern der Sozialen Bewegungen in Leipzig

10 Punkte für linke Einheit auf Augenhöhe

Der Kreisvorstand der WASG Leipzig und Leipziger Land und der Stadtvorstand Leipzig der Linkspartei. PDS haben auf ihrer heutigen Klausur ein 10-Punkte-Aktionsprogramm beschlossen. Mit dem Aktionsprogramm wird das zwischen WASG und Linkspartei bestehende Leipziger Kooperationsabkommen

auf Augenhöhe ergebnisorientiert vertieft und zugleich der gemeinsame Parteineubildungsprozesses fortgesetzt.

Die 10 Punkte enthalten u.a. die Gründung eines „Forum Neue Linke Leipzig“, die Durchführung monatlicher thematischer Veranstaltungen für eine breite

öffentliche Diskussion des linken Projektes, gemeinsame Arbeitstreffen mit Gewerkschaften und Sozialen Bewegungen, Aktionen im Umfeld des 1. Mai 2006 und die Bildung eines paritätischen Kommunikations-, Kreativ- und Image-Teams (KIT).

Beide Vorstände betonen die Wichtigkeit des Parteineubildungsprozesses

von unten, der das Vertrauen unter Linken durch erfahrbare erfolgreiche Zusammenarbeit und den Vorzug von Ergebnissen vor dem Zerreden des linken Projektes zum Gegenstand hat. Auch muss die Öffnung zu den Gewerkschaften, den Sozialen Bewegungen und al-

len anderen linken Kräften jetzt mit Strukturen und Inhalten unterlegt werden, wenn die Neue Linke ihrem Anspruch gerecht werden will. Zu den Konflikten in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern wird bei allen Beteiligten respektvoller Umgang und Zurückhal-

tung statt Polarisierung angemahnt.

Dr. Volker Külöw

(Vorsitzender Linkspartei.PDS Leipzig)

Roger Schaumberg

(Pressesprecher WASG Leipzig)

"Wir sind Teil der Europäischen Linken" Europacamp 2006 vom 25. bis 28.Mai in Petzow / Havel – Land Brandenburg

Seit 14 Jahren gibt es dieses traditionelle Treffen von Mitgliedern und Sympathisanten Linker Parteien.

Jedes Mitglied und Sympathisant der Linkspartei. PDS und jeder Kreisverband kann daran mitwirken.

Das durch die teilnehmenden sozialistischen und kommunistischen Parteien aus Polen, Tschechien, der Slowakei, Deutschland und Frankreich gemeinsam gestaltete Programm lässt Raum für viele eigene Aktivitäten. Das Treffen dient der Erholung, aber auch dem politischen Gespräch und dem gegenseitigen Kennenlernen.

Eine besondere Einladung in diesem Jahr, geht an die Mitglieder der WASG. Auch hoffen wir auf die Teilnahme wei-

terer linker Parteien aus der Europäischen Union.

Der „Politbasar“ am Eröffnungstag des Europacamp, der terminlich auf den so genannten „Herrentag“ fällt, ist auch für einen Tagesausflug der Potsdamer Genossen als Tagesgäste geeignet.

Touristisches und Tanz, aber auch Foren zu aktuellen Fragen der EL werden die weiteren Tage kennzeichnen.

Ein weiterer Höhepunkt wird, wie in den letzten 2 Jahren, die kleine Friedensfahrt für Jung und Alt durch Potsdam sein. Die „Petite Course de la Paix“ soll in diesem Jahr unter der Losung stehen: „Der Weltfrieden ist unteilbar“

Um allen Interessierten die Teilnahme zu ermöglichen, bitten wir um Spenden

auf das Konto des Landesvorstandes der Linkspartei.PDS Brandenburg bei der Deutschen Bank24: BLZ: 12070024 Konto-Nr. : 309191500, Kennwort: Europacamp 2006

Auch durch die Übernahme von Patenschaften für Familien mit mehreren Kindern oder Teilnehmer aus Osteuropa ist eine wirkungsvolle Unterstützung möglich.

Die Kosten für das Programm werden wie in der Vergangenheit durch die teilnehmenden Parteien getragen.

Wer also Interesse für das Europacamp hat, sollte sich die Tage vom 25. bis 28. Mai 2006 freihalten und sich schnell anmelden. Über die Internetseite: www.sfelr.im-osten.de, die email-Adresse: schoemmel@t-online.de oder über die Postadresse: Sabine Lichtwald, Lindenplatz 22, 03042 Cottbus

Christine und Andreas Halle

Zum 120. Geburtstag von Erich Zeigner (Teil 2)

Zu Ehren von Prof. Dr. Erich Zeigner trafen am 17. Februar an seinem Grab auf dem Südfriedhof auf Einladung des Vereins „Erich-Zeigner-Haus“ e.V. erstmals Mitglieder besonders der Linkspartei.PDS sowie auch der SPD und andere Besucher zusammen. Die jungen Stadträtinnen Stefanie Götze (Linkspartei.PDS) und Anja Pohl (SPD) würdigten weitgehend übereinstimmend die herausragende geschichtliche Bedeutung der Persönlichkeit Erich Zeigners. Anwesend waren weitere Stadträte beider Parteien, darunter der Stadtvorsitzende der Linkspartei.PDS, Volker Külöw. Vertreter des Ortsverbandes der Linkspartei.PDS Leipzig-Südwest, des Bundes der Antifaschisten, der Industriegewerkschaft Metall, des Friedenszentrums Leipzig sowie das Leipziger Komitees für Gerechtigkeit legten ebenfalls Blumen nieder. Bemerkenswert war, dass mit dem Beigeordneten Burkhard Jung, zugleich OBM-Kandidat,

erstmals seit 1989 ein leitender Vertreter der Stadtverwaltung, begleitet von Mitarbeitern des Protokolls und des Friedhofsamtes, zu einer öffentlichen Ehrung am Grab erschienen waren. Funktionsträger der SPD konnten allerdings ebenso wenig wahrgenommen werden wie Vertreter der Vielzahl solcher eingeladenen Institutionen in der Stadt, mit denen Zeigners Wirken als OBM eng verbunden war.

Im Vorfeld des 120. Geburtstages hatte sich der Zeigner-Verein an den OBM und die Stadtratsfraktionen mit dem Ersuchen um eine Würdigung durch den Stadtrat gewandt. Dies aber wurde ebenso von der Rathauspitze abgelehnt wie ein ähnlicher Vorstoß durch das Komitee für Gerechtigkeit im Jahre 1996. Immerhin bewirkte diesmal die Linksfraktion über den OBM eine eher positive Positionierung des Kultur-Beigeordneten Georg Girardet. Sein Antwortschreiben an die Fraktion hob, wie

danach die LVZ titelte, Erich Zeigner als eine „außerordentlich wichtige Persönlichkeit“ für die Stadt hervor. So soll zum 125. Geburtstag bei der Universität eine Dissertation angeregt werden, die sich mit der Biografie Zeigners befasst und als Grundlage für eine Ausstellung im Stadtgeschichtlichen Museums oder ein Kolloquium im Rathaus dienen könne. Warum müssen über 20 Jahre vergehen, bis nach 1989 diese Absichtserklärung vielleicht zu einem wahrnehmbaren realen Zeigner-Bild in der Leipziger Öffentlichkeit führt? Beim Abschluss der Zeigner-Ehrung am Grab wurde nicht nur Herrn Jung zu bedenken gegeben: „Der Umgang mit der Persönlichkeit Erich Zeigners ist ein Maßstab für die politische Kultur dieser Stadt.“ Das verlangt auch der Respekt für seine noch lebenden ehemaligen Mitarbeiterinnen und seine in Hamburg lebende Tochter. Die Erfassung und Bewahrung der, wie eine Dokumentation des DDR-Fernsehens (leider nur in Bezug auf die 1920er Jahre) benannt

ist, „Großen Erfahrungen des Dr. Erich Zeigner“, sollte wirklich Allgemeingut von Linken besonders in Leipzig werden.

Spätestens Mitte der 90er Jahre wurde es notwendig, „gegen das offizielle Auslöschen der Erinnerung an Erich Zeigner“ in Leipzig durch den Stadtvorstand der PDS zu protestieren (Erklärung von Dietmar Pellmann). Einzelne Stimmen forderten von der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS), eine aktualisierte Biografie auf der Grundlage der verdienstvollen Broschüre „Erich Zeigner. Eine biographische Skizze“ von Anneliese und Lothar (+) Matthes von 1985 dringlich als ein Hauptprojekt vorzusehen. Es kam aber zu keinem umfassenden Programm der kritischen Aufarbeitung der Geschichte Leipzigs nach 1945, wenn auch Wichtiges zu Zeigner geschah. Zu erinnern ist z. B. an das Kolloquium von Rosa-Luxemburg-Stiftung und PDS-Stadtratsfraktion über Erich Zeigner als Leipziger OBM im März 1999 anlässlich seines 50. Todestages (5. April) auch unter Beteiligung aus dem kleinen Kreis der Zeigner-Sympathisanten der SPD.

Auf Initiative von Thomas Mädler wurde aus gleichem Anlaß eine Erinnerungstafel vom OBM Tiefensee am ehemaligen Wohnhaus enthüllt. Mädler und M. Rudloff gründeten 1999 den Verein „Erich-Zeigner-Haus“. Rudloff ist auch der Herausgeber des Sammelbandes „Erich Zeigner - Bildungsbürger und Sozialdemokrat“, Friedrich-

Ebert-Stiftung (1999). Der im „Zeigner-Haus“ angesiedelte Verein war als Sachwalter des vom Stadtgeschichtlichen Museum 1991 abgestoßenen, aber durch Johanna Landgraf mit geretteten Zeigner-Nachlasses (außerhalb des Stadtarchivs) in der Folgezeit finanziell überfordert. Der Verein konnte vor seiner Auflösung 2002 bewahrt werden und ist unter dem Vorsitz von Frank Kimmerle in Profil und Mitgliederzahl erheblich gewachsen. Eine wichtige Stütze ist dabei Manfred Hötzel, der als Historiker intensive Quellenforschung betreibt und oft über Zeigner in „Leipzigs Neue“ publiziert hat. Wertvoll bleibt auch die Dokumentation von Helmut Warmbier über die Rolle Arkenaus im antifaschistischen Widerstand mit Bezug auf Johanna Landgraf, die Familie Zeigner und auf den damaligen Arkenau-Vertrauten, den kommunistischen Arzt Dr. Gelbke und späterer Zeigner-Mitarbeiter, dessen Leipziger Straßename nach der „Wende“ getilgt wurde.

Auf Initiative von Frank Kimmerle hat

der Verein mit verschiedenen Kooperationspartnern ein Schüler-Projekt „Der Tisch – gelebte Zivilcourage“ 2005 begonnen. Schülergruppen erhalten die Möglichkeit, über illegale antifaschistische Treffs am Tisch in der Zeigner-Wohnung (1933/34) zu erfahren, Aktionen der Rettung nazistisch Verfolgter nachzuspüren und Fragen nach Zivilcourage in der Gegenwart zu besprechen. Dies ist nach dem Verlust von vielen der in den vergangenen Jahrzehnten oft unbefragt gebliebenen Zeitzeugen keine leichte Aufgabe.

Auch hier ist der Beitrag der Linken gefragt.

Wir sollten niemals vergessen, dass Zeigner als bedeutendste politische Persönlichkeit Leipzigs seit den 1920er Jahren tief verletzt wurde nicht nur von Seiten der SPD sondern als demokratischer Sozialist nach 1947 auch von führenden Teilen der SED in Leipzig und Sachsen. Wir als Linkspartei.PDS bleiben in der Schuld, solange seine großen Erfahrungen nicht zu unserem Allgemeingut geworden sind. H.-J. W.

Ausstellungsbesuch

6. April 2006, 16:30 Uhr, Gemeinschaftsbesuch der Ausstellung „Leipzig am Ende des Krieges. Neubeginn in Trümmern 1945/46.“ Anschließend Diskussion über „Zeigner und der Volksentscheid über die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher in Sachsen“, Stadtarchiv Leipzig, Torgauer Str./neben Lidl (1.Haltest. nach Torgauer Platz) Achtung: Diese wichtige Ausstellung endet am 30. Juni 2006.

Leipziger Komitee für Gerechtigkeit und Friedenszentrum Leipzig

Erzwungener Umzug – wo bleiben die Interessen der Mieter?

Bürgerforum

mit Siegfried Schlegel, Stadtrat und
Dr. Dietmar Pellmann, Stadtrat und MdL
der Fraktion der Linkspartei.PDS

am Montag, den 10. April 2006, 18:00 Uhr
im KOMM-Haus, Selliner Straße 17

Als Gesprächspartner sind Vertreter der LWB, des Sozialamtes
und des Mietervereins eingeladen

Aufklärung ist notwendig! – Grundstücksangelegenheit Bildermuseum

Die Fraktion Die Linke.PDS hat Akteneinsicht und Prüfung des Vorgangs „Grundstücksangelegenheit Bildermuseum“ durch das Rechnungsprüfungsamt beantragt.

Im Zusammenhang mit der Klärung der Sachverhalte um einige Grundstücke für das Bildermuseum hat die Fraktion nunmehr Akteneinsicht beantragt und dem Oberbürgermeister empfohlen, diese dem Grundstücksverkehrsausschuss zu übertragen. Diesem Antrag muss gemäß Sächsischer Gemeindeordnung gefolgt werden, da ein Viertel der Stadträte Akteneinsicht verlangen kann.

Des Weiteren hat die Fraktion einen Ergänzungsantrag zur Beschlussvorlage „Finanzieller Wertersatz für das

Flurstück 262 der Gemarkung Leipzig in Höhe von 625.657,50 Euro“ – Drucksache IV/1500 (Neufassung vom 27.02.2006) – eingebracht. Darin beantragt sie folgende zusätzliche Beschlusspunkte:

1. Das Rechnungsprüfungsamt wird beauftragt, dem Stadtrat bis zum 30.09.2006 einen Bericht vorzulegen. Gegenstand der Prüfung soll vor allem sein, inwieweit bei dem Gesamtvorgang die Rechte des Stadtrats (u. a. Informationsrechte des Stadtrats bzw. Informationspflicht des Oberbürgermeisters, Vollständigkeit der Beschlussgrundlagen bei Beschlussfassung, Zuständigkeiten des Stadtrats gemäß SächsGemO und

der Hauptsatzung der Stadt Leipzig) gewahrt worden sind.

2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Stadtrat bis zum 30.06.2006 über sämtliche streitbefangenen Grundstücke, welche durch die Stadt Leipzig in Anspruch genommen worden sind, zu informieren. Dazu ist eine Risikoabschätzung möglicher Kosten für die Stadt Leipzig vorzulegen.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass künftig in allen Bauvorlagen obligatorisch die Grundstücksverhältnisse (u. a. Kosten für den Erwerb, Vorliegen von Rechtsstreitigkeiten und sich daraus ergebender Risiken) eindeutig dargestellt sind.

*Dr. Lothar Tippach
Fraktionsvorsitzender*

Frau Kudla verkauft die Zukunft der Stadt!

Nun will Frau Kudla nicht nur die Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft, sondern auch die Leipziger Verkehrsbetriebe verkaufen. Nicht nur, dass sie am Stadtrat und selbst am designierten Oberbürgermeister vorbei ihre Entscheidungen einer erstaunten Öffentlichkeit unterbreitet. Sie äußert sich auch stadtpolitisch verantwortungslos. Wer Stadtpolitik ausschließlich nach so genannten fiskalischen Erfordernissen ausrichten will, handelt gegen die Zukunft der Stadt. Wir erwarten auch von einer Kämmerin, dass sie ein Mindestmaß an Gesamtverantwortung für die Stadt erkennen lässt. Ansonsten wird sie der ihr übertragenen Aufgabe nicht

gerecht. Sie sollte sich in solchen Städten kundig machen, die in der Vergangenheit privatisiert haben, und das heute schwer bereuen.

Mit ihren Äußerungen hat sie wiederum erhebliche Unruhe und Unsicherheit verbreitet. Es geht in erster Linie nicht um Zahlen, sondern um Menschen, Frau Kudla!

Auch wenn es Frau Kudla nicht wahrhaben will, ohne eine Gemeindefinanzreform werden die städtischen Finanzen langfristig nicht in Ordnung kommen. Alles andere geht zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger.

Die Fraktion Die Linke.PDS bekräftigt noch einmal, dass sie die Privatisierung

von Unternehmen im Kernbereich der Daseinsvorsorge (vor allem SWL, KWL, LVB, LWB, Krankenhaus St. Georg, Stadtreinigung) im Stadtrat ablehnen wird. Wir werden alle außerparlamentarischen Initiativen gegen die Privatisierung dieser städtischen Unternehmen unterstützen und uns an Protesten beteiligen. Mit unseren Stimmen im Leipziger Stadtrat ist also nicht zu rechnen, wenn Frau Kudla ihre Gedankenspiele in die Tat umsetzen will.

Vom Oberbürgermeister erwarten wir, dass er sich gegen die Pläne von Frau Kudla ausspricht und dafür Sorge trägt, dass die Verwaltungsspitze künftig aus einem Munde spricht.

*Dr. Lothar Tippach
Fraktionsvorsitzender*

Verantwortung privater Investoren für Erhalt der Stadtstrukturen angemahnt

Der aus Sicherheitsgründen verfügte Abriss drei wichtiger Gebäude zur Betonung von Stadtstrukturen wird von der Fraktion der Linkspartei/PDS bedauert. Diese Tatsache offenbart aber, dass auch private Eigentümer und Investoren in Verantwortung zum Erhalt von Gründerzeithäusern stehen. Gleichzeitig offenbart sich, dass Wohnhäuser einem schnellen Verfall preisgegeben sind, wenn sie nicht genutzt werden.

Zu kurz greift deshalb, wie beim Haus Friedrich-Ebert-Straße 81, eine alleinige Schuld der LWB zuzuschreiben. Eine Gebäudesicherung schafft nur für einen befristeten Zeitraum eine Atempause. Beim Dittrichring führte außerdem der Einbau einer Massivbetondecke zur zerstörerischen Schädigung der Gebäudetragestruktur.

Investoren stehen nunmehr vor der Herausforderung, die entstandenen

Lücken zeitnah neu zu bebauen. Bei der Käthe-Kollwitz-Str. 6 sollten unbedingt wegen der geringen Fußwegbreite die Arkaden des benachbarten Neubaus fortgesetzt werden, deren Einbau schon für das Gründerzeithaus vorgesehen war. Empörung allein löst das Dilemma nicht. Die Forderung nach stärkeren finanziellen Engagement der öffentlichen Hand hätte zur Folge, dass dies zu Lasten wichtiger freiwilliger Aufgaben gehen würde.

*Siegfried Schlegel
Sprecher für Stadtentwicklung*

Regelmäßige Termine

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d.
Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag im Monat, 15:00 Uhr und 18:30 Uhr

AG Betrieb & Gewerkschaft

jeden 2. Donnerstag, 19:00 Uhr

AG Cuba si

jeden 2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Junge GenossInnen

mittwochs, 18:30 Uhr

AG Lisa

jeden 3. Montag, 19:00 Uhr

AG Parteireform von unten

jeden 3. Donnerstag, 19:00 Uhr

AG Senioren

jeden 1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

jeden 1. Dienstag, (Arbeitsberatung) und jeden 3. Dienstag, (thematische Veranstaltung), 18:00 Uhr

AG Tollwut

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

GBM e. V. – Sprechstunden

jeden 1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

jeden 3. Mittwoch, 15:00 Uhr

IG Wohnungs- und Mietpolitik

jeden 3. Dienstag, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

jeden 4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a

Kommunistische Plattform

jeden 1. Donnerstag, 18:30 Uhr

Ökologische Plattform

jeden 1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr

Die Linke.Hochschulgruppe

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

Rentenberatung

Termine nach telefonischer Vereinbarung unter Tel.: 14 06 44 11

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. Montag, 18:00 Uhr

Terminvorschau

Mittwoch, 22. März 2006

18:00 Uhr Sozialstaat versus Sozialismus im Kontext gesellschaftlicher Veränderungen. Mit Prof. Klein (Berlin).RLS.

Mittwoch, 22. März 2006

19:00 Uhr Übel mitgespielt - Veranstaltungsreihe zum Thema Mobbing Mobbing in der Schule, mit Cornelia Falken (GEW), Marlies Keßler (Weißer Ring/Lehrerin) sowie Udo Kaufhold (anti-MOBINGagentur), linxxnet.

Donnerstag, 23. März 2006

15:00 Uhr Podiumsdiskussion: 14 Monate Hartz IV - Eine Bilanz. Gäste: Peter Krüger (ARGE Leipziger Land), Dietmar Pellmann (MdL), Monika Runge (MdL), Pia Witte (ZfI e. V.), Ratskeller Markkleeberg.

Donnerstag, 23. März 2006

18:00 Uhr Vortrag und Diskussion mit Prof. Wolfgang Geier: "Die gegenwärtige Lage der Balkanstaaten Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Makedonien

sprechen. Bürgerbüro MdB Dr. Barbara Höll, Gorkistraße 120

Samstag, 25. März 2006

20:00 Uhr Filmabend der AG Junge GenossInnen Leipzig. Gezeigt wird der Film: „Die Welle“. Der Eintritt ist frei. LHL.

Dienstag, 28. März 2006

18:00 Uhr Beratung der AG Sozialie Politik: "Anhörung der BT-Fraktion zu Hartz IV, LHL.

Mittwoch, 29. März 2006

16:00 Uhr Osterbastelnachmittag, Bürgerbüro MdB Dr. Barbara Höll, Gorkistraße 120.

Mittwoch, 29. März 2006

18:30 Uhr Historische Alternativen zur Stalinisierung des deutschen Kommunismus II. Die Chance der Volksfront gegen Hitler (1933 - 1936) mit Prof. Kinner, Klub Gshelka, An der Kotsche.

Donnerstag, 30. März 2006

18:00 Uhr Vortrag und Diskussion: Neue Trends in der internationalen Geschichtswissenschaft. Der Welthistorikerkongress in Sydney 2005, Mit Dr. Middel. In Zusammenarbeit mit der Lamprecht-Gesellschaft.RLS.

Donnerstag, 30. März 2006

18:00 Uhr Diskussionrunde mit Enrico Stange (WASG) zum Thema: „Die

Zukunftsaussichten von Linkspartei und WASG“, Gaststätte „Gartenfreunde Südost“, An der Tabakmühle 44a.

Freitag, 31. März 2006

18:00 Uhr „Unterm Dach“ - Literaturcafe am Freitag: Rezitieren und Korrigieren. Kleine Übung mit professionellem Ratschlag. LHL.

Dienstag, 4. April 2006

18:00 Uhr Marxistisches Forum Leipzig: Diskussionsrunde: „Zu Ergebnissen der Jugendlängsschnittstudie“ mit Prof. Peter Förster (Leipzig), LHL.

Donnerstag, 6. April 2006

9:00 Uhr Beratung der AG Senioren: Neue geostrategische Entwicklungen im ehemaligen sowjetischen Machtbereich. Gast: Gen. Prof. Latchinian, LHL.

Samstag, 15. April 2006

20:00 Uhr Filmabend der AG Junge GenossInnen Leipzig. Gezeigt wird der Film: "Spur der Steine". Der Eintritt ist frei. LHL.

Mittwoch, 19. April 2006

18:00 Uhr Bildungsabend: Die Türkei an der Schwelle zur EU – Chancen und Risiken. Diskussionspartner: Prof. Dr. Sarkis Latschinian. Stadtteilzentrum Messemagistrale, Str. d. 18. Okt.10 a.

Die Linkspartei.PDS-Geschäftsstelle im Liebknecht-Haus bleibt am Donnerstag, den 13. April 2006 geschlossen.

Impressum:

Herausgeber: Linkspartei.PDS Stadtvorstand Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, fon: 0341 - 14 06 44 11, fax: 0341 - 14 06 44 18
homepage: <http://www.linksparitei-leipzig.de>, email: vorstand@linksparitei-leipzig.de

Spendenkonto: Sparkasse Leipzig, KontoNr.: 11 25 50 42 22, BLZ: 860 555 92

Redaktion: Steffi Deutschmann, Christine Halle, Christina Mertha, Sören Pellmann (V.i.S.d.P.)

Gestaltung: Sören Pellmann

Druck: GNN-Verlag Schkeuditz, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 4/2006 ist Donnerstag, 6. April 2006. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.